

A N F R A G E von Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) und Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)

betreffend Verrechnung von Sockelbeiträgen durch die Spitäler bei den Gemeinden

Mit Schreiben vom 25. Februar 2005 teilte der Leitende Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes allen Städten und Gemeinden des Kantons Zürich mit, dass auf eine Clearingstelle zur Verrechnung der Sockelbeiträge für Zusatzversicherte verzichtet werde. Gleichzeitig werden die Städte und Gemeinden gebeten, eine Fachstelle zu bezeichnen und eine Excel-Tabelle ausgefüllt an den Verband der Zürcher Krankenhäuser (VZK) zu schicken. Dies steht im Gegensatz zum Kreisschreiben der Gesundheitsdirektion und den Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich.

Zur Aufklärung dieser eigenartigen Vorgänge ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer entscheidet über die Einrichtung einer Clearingstelle zur Verrechnung der Sockelbeiträge für Zusatzversicherte?
2. Welche Kontrollfunktionen haben die Gemeinden zu gewährleisten, damit die Finanzrevision des Kantons das Vorgehen akzeptiert, insbesondere auch dort, wo die Gemeindevögte des Gemeindeamtes das Sagen haben? (Wohnsitzbestätigung, Abklärungen über Existenz und Art der Zusatzversicherung, Überprüfung der Leistung, Postleitzahl der Versicherten, andere Angaben?)
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zu der unterschiedlichen Beurteilung des Datenschutzes durch den Datenschutzbeauftragten und den Gemeindepräsidentenverband?
4. Woher resultieren die unterschiedlichen Betrachtungsweisen vom Regierungsrat, Datenschutzbeauftragten und Gemeindepräsidentenverband?
5. In der Spitalregion Bülach wurde den Zweckverbandsgemeinden bereits ein à Konto Zahlungsgesuch für Sockelbeiträge in Rechnung gestellt. Haben die Gemeinden auch von anderen Spitalregionen und den Universitätsspitälern à Konto Zahlungsgesuche zu erwarten? Wie sollen die Gemeinden darauf reagieren?

Robert Brunner
Esther Hildebrand